

DIE HÄRTEFALLKOMMISSIONEN DER BUNDESLÄNDER

STAND: DEZEMBER 2008

ZUSAMMENGESTELLT VON ANDREAS SCHWANTNER - amnesty international – FACHKOMMISSION ASYL

(HINWEISE UND AKTUALISIERUNGEN GERN AN: schwantner-ai@t-online.de)

**Fundquellen u.a.: Homepage der Flüchtlingsräte (z.B. http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/HFK_Laenderuebersicht.pdf;
<http://www.fluechtlingsrat-nrw.de>); <http://www.vonloeper.de/aufenthaltsgesetz/laender/hessen.html>**

Diese aktualisierte vergleichende Gegenüberstellung der Härtefallkommissionen (HFK) der einzelnen Bundesländer berücksichtigt insbesondere die völlige Neukonstituierung der Hessischen HFK.

Darüber hinaus weitere Änderungen bspw. bzgl. der HFK Niedersachsen, sowie Aktualisierungen der Internethinweise und eine übersichtlichere Darstellung der jeweiligen Zusammensetzungen der HFK getrennt nach staatlichen und nichtstaatlichen Stellen.

Statistik der Tätigkeitsberichte:

Die Synopse berücksichtigt alle vorhandenen bzw. bekannten Daten bis 31.12.2007. Grundlage hierfür bilden die über Internet abrufbaren Berichte bzw. Pressemitteilungen. Soweit diese nicht zur Verfügung standen, wurden die Zahlen direkt von der HFK selbst erfragt. Die Zahlen der HFK Niedersachsen berücksichtigen den Zeitraum bis 30. Juni 2008, da eine Abgrenzung zum 31.12.2007 nicht vorgenommen wurde.

Die Kumulation der Jahre 2005 – 2007 ermöglicht eine statistisch repräsentativere Auswertung der Entwicklung von Anerkennungsquoten bzw. Stattgaben durch die Innenbehörden.

Jedoch ermöglicht auch diese Darstellung nur eingeschränkt eine vergleichende Auswertung, da die Tätigkeitsberichte nach wie vor nicht homogen in Art und Umfang der Darstellung sind (teilweise unterschiedliche Berichtszeiträume; unterschiedliche statistische Angaben; unterschiedliche Verordnungen und Verfahrensabläufe).

Eingaben / Beratungen

Nordrhein-Westfalen (> 2.000) und Baden-Württemberg (> 1.300) verzeichnen die höchsten Eingabequoten. Sie werden gefolgt von Berlin und Schleswig-Holstein. Eingabequoten unter 100 für den Zeitraum 2005-2007 weisen Bremen (18 !), Sachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern

Sachsen-Anhalt und Brandenburg auf. Bayern, dessen HFK sich erst im August 2006 konstituiert hat, erhielt bis Ende 2007 insgesamt 92 Eingaben.

Die Differenz zwischen Eingaben und Beratungen ist häufig darin begründet, dass Aufenthaltstitel nach anderen Vorschriften erteilt werden konnten oder aber Eingaben zurückgezogen wurden (insb. wegen der Bleiberechtsregelung)

Ersuchen / Stattgaben:

Vergleichende Statistiken finden sich ab Seite 11 dieser Synopse.

Die höchste Quote an positiven Härtefallersuchen, bezogen auf die in einer HFK beratenen Fälle, verzeichnet nach wie vor Bremen mit 100 % – gefolgt von Bayern und Berlin mit je ca. 90 %. Die niedrigste Quote diesbezüglich weist wieder Nordrhein-Westfalen auf (18,16 %).

Hinsichtlich der Nichtstattgaben durch die Innenbehörden verzeichnet Berlin mit 39 % die höchste Quote; gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (35 %) und Niedersachsen (25%).

Die Innenminister der Länder Bayern, Bremen, und Rheinland-Pfalz gaben den Ersuchen jeweils zu 100 % statt.

Bezogen auf Personen – soweit aus den Berichten zu entnehmen - weichen die Prozentzahlen nicht wesentlich von jenen bezogen auf Fälle ab.

Bei Auswertung der Angaben zu Personen, soweit verfügbar, und deren Hochrechnung auf alle HFK, dürften seit Bestehen der HFK nach § 23a AufenthG etwa 4.600 Personen bis zum 31.12.2007 von der Härtefallregelung profitiert und ein Aufenthaltsrecht erhalten haben.

Entscheidungskriterien:

Die meisten Bundesländer haben offiziell weder einen "Punktecatalog" noch eine "Checkliste", nach welchen sich die geforderte persönliche Härte feststellen ließe.

Nordrhein-Westfalen hat „Entscheidungsgrundsätze“ umschrieben, in denen etwa Integrationsleistungen besondere Aufmerksamkeit zukommt. Gesundheitliche Beeinträchtigungen führten nur in „extremen Sondersituationen“ zur Berücksichtigung. Schleswig-Holstein hat „Verfahrensgrundsätze“ entwickelt (geändert 09.10.2007), die auch einige Kriterien für das Vorliegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe enthalten (wie z.B. "schwerste gesundheitliche Problematiken, die im Herkunftsland nicht adäquat behandelt werden können"; "Kindeswohl"; "Trennung von engen Verwandten" etc.).

Im Mittelpunkt der Entscheidungen standen in allen Bundesländern zumeist Fragen einer erfolgreichen Integration und Sozialisation, etwa begründet durch Beherrschung der deutschen Sprache; eine von Kindern aufgenommene Ausbildung, familiäre Bindungen zu bleibeberechtigten Ausländern und Deutschen sowie eine wegen fehlender Bindungen zum Herkunftsland unzumutbare Rückkehr. Hier wird häufig auf ein "Zerreißen von langjährig gewachsenen und vielfach auch erarbeiteten beruflichen und sozialen Beziehungen" abgestellt, was einen unzumutbaren "drohenden Bruch der Biographie" bewirken könne.

Dabei vermochten bei guter Zukunftsprognose insbesondere Integrationsleistungen von Kindern und Jugendlichen "ungünstige Aspekte" wie offensichtlich unbegründete Asylanträge oder langjähriger Bezug öffentlicher Leistungen auszugleichen. Letzteres war häufig Grund für ein Nichtersuchen bzw. eine Nichtstattgabe.

Teilweise wird eine "verbreitete Eingabep Praxis, Atteste zu allen denkbaren körperlichen / psychischen Gebrechen vorzulegen, die oft nicht zu den sonstigen zum Lebensalltag der Betroffenen vorhandenen Erkenntnissen passen wollten und meist dann besonders in den Vordergrund gerückt wurden, wenn echte Integrationsleistungen fehlten" festgestellt.

HÄRTEFALLKOMMISSIONEN – VERORDNUNGEN

	<u>HFK-VO vom</u>	<u>Fundstellen "Informationen zum HFK-Verfahren"</u>
01. BADEN-WÜRTTEMBERG	28.06.2005	Reader Diakonie/Caritas BW → http://www.ekiba.de/5469_5917.php http://www.jum.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1186019/index.html?ROOT=1153239
02. BAYERN	08.08.2006	Land Bayern → http://www.stmi.bayern.de/buerger/auslaender/leben/detail/16593/
03. BERLIN	03.01.2005	http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/HaertefallVO_Berlin_261004.pdf http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/recht/haertefallkomm_flyer2007.pdf
04. BRANDENBURG	17.01.2005 geändert 20.09.06	Land Brandenburg → http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=lbm1.c.223832.de&_siteid=19
05. BREMEN	12.12.2005 geändert 13.12.07	Land Bremen → www.inneres.bremen.de → über Suchbegriff-Eingabe
06. HAMBURG GESETZ	04.05.2005	http://hh.juris.de/hh/gesamt/HFKG_HA.htm http://www.vonloeper.de/aufenthaltsgesetz/laender/hamburg.html
07. HESSEN GESETZ	22.02.2005 geändert 30.09.08	http://www.hmdi.hessen.de/irj/HMdi_Internet?cid=1f03cfad157b7fb084e106c44c405589 http://www.vonloeper.de/aufenthaltsgesetz/laender/hessen.html
06. MECKLENBURG-VORPOMMERN	25.02.2005	http://suche.mvnet.de/cgi-bin/rp_de_search.cgi?form=extended&wm=sub&q=h%C3%A4rtefallkommission
07. NIEDERSACHSEN	06.08.2006 geändert 10.09.08	Land Niedersachsen → www.mi.niedersachsen.de/master/C23846474_L20_D0_I522_h1.html
08. NORDRHEIN-WESTFALEN	14.12.2004	Flüchtlingsrat NRW → http://www.fluechtlingsrat-nrw.de/1/index.php? Land NRW → www.im.nrw.de/aus/25.htm
09. RHEINLAND-PFALZ	18.03.2005	AK Asyl → www.ini-migration.de/www/aktuell/haertefall_k
10. SAARLAND	14.12.2004	Land Saarland → www.haertefallkommission.saarland.de
11. SACHSEN	11.07.2005	Sächs AusLB → www.fremdenfreundlichkeit-sachsen.de → über Suchbegriff-Eingabe
12. SACHSEN-ANHALT	09.03.2005	Land Sachsen-Anhalt → http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=4825
13. SCHLESWIG-HOLSTEIN	11.01.2005	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein → www.frsh.de/behoe/hfk.html www.schleswig-holstein.de/IM/DE/ZuwanderungIntegration/Haertefallkommission/Haertefallkommission__node.html__nnn=true
14. THÜRINGEN	05.01.2005	Flüchtlingsrat Thüringen → www.fluechtlingsrat-thr.de/ → flürat-infos 01/05 Land Thüringen → www.thueringen.de/de/tim → über Suchbegriff-Eingabe

NACHFOLGENDE SYNOPSE ENTHÄLT FOLGENDE VERGLEICHENDE KRITERIEN:

01. Personelle Zusammensetzung der Kommission
02. Benennung der Mitglieder
03. Voraussetzungen an die Eignung / Kenntnisse der Mitglieder
04. Formalien der Befassung mit einem Fall als Härtefall / Eingabemöglichkeiten
05. Ausschlussgründe zur Befassung oder Annahme als Härtefall
06. Vorhandensein einer Geschäftsstelle / Vorprüfungsausschuss
07. Aussetzung der Abschiebung während des Verfahrens
08. Notwendige Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmung über einen Fall
09. Möglichkeit der Anfechtung
10. Anordnungsbefugnis
11. Tätigkeitsberichte (TB) – Statistiken bis 31.12.2007 – Abk. "kA" = keine Angaben / (Personenzahlen) bei kumulierten Werten – weitere statistische Angaben ab Seite 11

I.	<u>1. BADEN - W Ü R T T E M B E R G</u>	<u>2. B A Y E R N</u>																																																																	
01.	- Vertreter des Innenministeriums als Vorsitzender (1) - Integrationsbeauftragter der Landesregierung (1) - Landkreistag (1) - Städtetag (1) STAAT: 4 ----- - zwei "Persönlichkeiten des Landes" Einvernehmen mit Ausländerbeauftragten / derzeit: Gerlinde Hämmeler (RP'in a.D.) + Wilfried Ensinger (Ensinger GmbH) (2) - Liga der freien Wohlfahrtspflege (1) - evangelische Landeskirche (1) - katholische Kirche (1) NGO: 5	- Vertreter des Staatsministeriums (1) = vorbehaltlich § 9 VO (= GO) NICHT stimmberechtigt - kommunale Spitzenverbände (4 – je 1x Gemeinde-, Städte-, Landkreistag + Verband bayr. Bezirke) STAAT: 4 ----- - evangelisch-lutherische Landeskirche (1) - katholische Kirche (1) - Liga der Wohlfahrtsverbände (3 – je 1x Caritas; Diakonie + Bayr. Rotes Kreuz) NGO: 5 - an den Sitzungen können Mitarbeiter der GS teilnehmen																																																																	
02.	durch die entsendenden Institutionen - "Persönlichkeiten des Landes" durch Innenministerium	auf Vorschlag der jeweiligen Organisationen – Ernennung durch Innenminister																																																																	
03.	VO ohne Angabe	VO ohne Angabe																																																																	
04.	§ 4 (1) - Eingaben an die HFK in schriftlicher Form bei der GS; auch durch Ausländer o. dessen Vertreter !	§ 3 HFK-VO: durch Vorschlag des Eingabeausschusses, Beschluss der HFK oder Antrag von 5 Mitgliedern der HFK																																																																	
05.	<u>§ 4 (2) + "Regelausschlussgründe": §6 HFK-VO</u> 1. Eingabe nicht zwecks Erteilung/Verlängerung einer AE; 2. nicht vollziehbar ausreisepflichtig 3. behördliches / gerichtliches Verfahren zwecks Feststellung Ausreisepflicht o. Erteilung der AE läuft 4. nicht in BRD aufhaltend; o. Aufenthalt ist nicht bekannt 5. keine ABH des Landes zuständig 6. keine wesentliche Änderung der Sach- o. Rechtslage 7. in gleicher Sache Petitionsverfahren anhängig 8. gem. § 50 (7) AufenthG zur Aufenthaltsermittlung o. Festnahme ausgeschrieben 9. Ausweisung §§ 53, 54 Nr.5, 5a, 7; § 55 AufenthG / Abschiebungsanordnung gem § 58a AufenthG 10. Sachverhalt wäre durch BAMF zu prüfen 11. bisheriger Lebensunterhalt mit öffentlichen Mitteln, obwohl arbeitsfähig; 12. zukünftig angewiesen auf öffentliche Mittel	<u>§ 5 HFK-VO:</u> 1. offensichtl. rechtsmissbräuchl. Verhalten; insb. bewusste Täuschung oder Irreführung der Behörden zur erheblichen Hinauszögerung der Aufenthaltsbeendigung 2. Nichterfüllung der Passpflicht trotz zumutbarer Mitwirkung an Erhalt eines Nationalpasses; 3. Straffälligkeit, soweit bereits vorbestraft 4. Anhaltspunkte, dass eine Gefahr für die innere Sicherheit ausgehen könnte 5. fehlende konkrete Aussicht, den Lebensunterhalt zu sichern (d.h. kein ausreichendes Arbeitseinkommen + Bezug von Sozialhilfe innerhalb der letzten 2 Jahre) 6. bereits frühere Befassung der HFK 7. ausschließliche Begründung durch Umstände, die der Prüfung des BAMF unterliegen → baldiger Wegfall Ausschlussgrund oder besondere Härte sind zu berücksichtigen																																																																	
06.	GS beim Innenministerium - Vorbereitungsgremium	GS beim Innenministerium - Vorbereitungsgremium																																																																	
07.	§ 5 HFK-VO: JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung; es sei denn: Strafhaft o. Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs zur Aufenthaltsbeendigung begonnen	§ 4 HFK-VO: der Ausländer kann die Aussetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen NICHT verlangen																																																																	
08.	§ 7 - mindestens 2/3 aller HFK-Mitglieder	§ 7 (3) HFK-VO - mindestens 2/3 aller HFK-Mitglieder																																																																	
09.	§ 1 (2) - begründet keine eigenen Rechte	VO ohne Angabe																																																																	
10.	durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)	durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)																																																																	
11.	TB vom 19.09.2005 – 31.12.2007 http://www.innenministerium.baden-wuerttemberg.de/de/Haertefallkommission_des_Landes_Baden-Wuerttemberg/100659.html <table border="1" data-bbox="183 1257 1205 1519"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td></td> <td>1.224</td> <td>116</td> <td>1.340 (4.838)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>in</td> <td>623</td> <td>131</td> <td>754 (2.781)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>2006</td> <td>247</td> <td>51</td> <td>298 (999)</td> </tr> <tr> <td>nicht abschließend entschieden</td> <td>ent-</td> <td>0</td> <td>1</td> <td>1 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>halten</td> <td>220</td> <td>44</td> <td>264 (920)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td>27</td> <td>6</td> <td>33 (79)</td> </tr> </tbody> </table> – IM erläutert der HFK eine Nichtstattgabe	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge		1.224	116	1.340 (4.838)	Beratungen	in	623	131	754 (2.781)	Ersuchen	2006	247	51	298 (999)	nicht abschließend entschieden	ent-	0	1	1 (kA)	Stattgaben	halten	220	44	264 (920)	Nichtstattgaben		27	6	33 (79)	TB 09/2006 (erstmalige Einrichtung) – 31.12.2007 http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/buergerundstaat/auslaenderrecht/tb_hfk_2006_2007.pdf <table border="1" data-bbox="1285 1273 2123 1487"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td></td> <td>in</td> <td>92</td> <td>92 (109)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>erst</td> <td>2007</td> <td>21</td> <td>21 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>ab 08/2006</td> <td>ent-</td> <td>19</td> <td>19 (44)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – 100% (!!)</td> <td></td> <td>halten</td> <td>19</td> <td>19 (44)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td></td> <td>0</td> <td>0 (0)</td> </tr> </tbody> </table> → Befristung 31.12.2007 aufgehoben !!	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge		in	92	92 (109)	Beratungen	erst	2007	21	21 (kA)	Ersuchen	ab 08/2006	ent-	19	19 (44)	Stattgaben – 100% (!!)		halten	19	19 (44)	Nichtstattgaben			0	0 (0)
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																															
Eingänge		1.224	116	1.340 (4.838)																																																															
Beratungen	in	623	131	754 (2.781)																																																															
Ersuchen	2006	247	51	298 (999)																																																															
nicht abschließend entschieden	ent-	0	1	1 (kA)																																																															
Stattgaben	halten	220	44	264 (920)																																																															
Nichtstattgaben		27	6	33 (79)																																																															
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																															
Eingänge		in	92	92 (109)																																																															
Beratungen	erst	2007	21	21 (kA)																																																															
Ersuchen	ab 08/2006	ent-	19	19 (44)																																																															
Stattgaben – 100% (!!)		halten	19	19 (44)																																																															
Nichtstattgaben			0	0 (0)																																																															

I.	<u>3 . B E R L I N</u>	<u>4 . B R A N D E N B U R G</u>																																																																						
01.	- Beauftragte für Integration / Migration d. Senats (1) - Senatsvertreterin für Frauenpolitik (1) ----- - Römisch-katholische Kirche (1) - Evangelische Kirche (1) - Liga der Wohlfahrtsverbände - Diakonie (1) - Flüchtlingsrat Berlin (1) - Migrationsrat Berlin (1) STAAT: 2 NGO: 5	- Innen- (1) und Sozialministerium (1) - Städte- und Gemeindebund (1) - Landkreistag Brandenburg (1) - Integrationsbeauftragte Land Brandenburg (OHNE Stimmrecht) - Leiterin der Geschäftsstelle (Vorsitzende der HFK, OHNE Stimmrecht) ----- - katholische Kirche (1) + evangelische Kirche (1) - Liga der freien Wohlfahrtsverbände - Diakonie (1) - Flüchtlingsrat Brandenburg (1) - § 2 (4) → Sachverständiger kann hinzugezogen werden STAAT: 4 NGO: 4																																																																						
02.	durch die entsendenden Institutionen	grdstzl. IM - Sozialministerium kann Flüchtlingsorganisation zur Benennung auffordern																																																																						
03.	§ 2 (4) HFKVO - sollen über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts o. Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen	§ 2 (2) HFKVO - sollen über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts o. Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen																																																																						
04.	§ 3 (1) - nur auf Antrag eines der Mitglieder der HFK	§ 4 (1) - nur auf Antrag eines der Mitglieder der HFK - GS holt Stellungnahme + fachrechtliches Votum der AB ein																																																																						
05.	<u>§ 3 Abs.2 HFKVO</u> 1. nicht in der BRD aufhaltend 2. Berliner ABH nicht zuständig 3. AE gem. § 25 (4) o. (5) kann beantragt werden 4. keine Änderung der Sach-/Rechtslage 5. Ausweisung gem. §§ 53, 54 (5), 5a, 6 AufenthG 6. Versagungsgrund nach § 5 (4) S.1 AufenthG 7. ...sofern <u>lediglich</u> Gründe vorgebracht werden, die beim BAMF abschließend als herkunftsstaatsbezogene Gründe geprüft worden sind	<u>§ 5 HFKVO</u> 1. nicht in der BRD aufhaltend / oder keine ABH zuständig; 2. entgegen Einreise-/Aufenthaltsverbots in der BRD aufhaltend 3.a) AE kann noch anderweitig erreicht werden; 3.b) ...sofern <u>lediglich</u> Gründe vorgebracht werden, die beim BAMF abschließend als zielstaatsbezogene Gründe geprüft worden sind oder werden 4.a) entscheidungserhebliche (!) falsche / unvollständige Angaben im ausländer-/asylrechtl. Verfahren // 4.b) Täuschung über Staatsangehörigkeit o. Identität // 4.c) mangelnde Mitwirkung → Pkt. 4 kann durch 2/3-Mehrheit der HFK wg "besonderer Umstände" nicht angewandt werden 5. zur Fahndung ausgeschrieben / 6. Straftaten erheblichen Gewichts / 7. Ausweisung §§ 53, 54 / Versagung § 5(4) AufenthG / 8. keine wesentliche Änderung Sach-/Rechtslage / 9. "In der Regel", wenn Rückführungstermin bereits feststeht																																																																						
06.	GS bei der Senatsverwaltung für Inneres	GS beim Innenministerium																																																																						
07.	§ 4 (3) - JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung; NEIN für Ausschlussgründe § 3 (2) Nr. 5 + 6 HFKVO	§ 4 (4) - JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung; NEIN wenn Rückführungs-Termin bereits feststeht																																																																						
08.	§ 5 (3) - mindestens 2/3 der anwesenden HFK-Mitglieder	§ 6 (4) - mindestens 2/3 der anwesenden HFK-Mitglieder																																																																						
09.	§ 6 (2) S.3 - begründet keine eigenen Rechte	§ 2 HFKVO - begründet keine eigenen Rechte																																																																						
10.	durch die Senatsverwaltung des Innern	durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)																																																																						
11.	TB vom 01.01.2005 – 31.12.2007 http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/pdf/HFK_Fallzahlen_2006.pdf <table border="1" data-bbox="190 1273 1115 1522"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>kA</td> <td>403</td> <td>kA</td> <td>kA (kA)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>430</td> <td>403</td> <td>221</td> <td>1.054 (2.899)</td> </tr> <tr> <td>abschließend beraten</td> <td>326</td> <td>307</td> <td>177</td> <td>810 (2.323)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>291</td> <td>273</td> <td>154</td> <td>718 (2.120)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>187</td> <td>157</td> <td>92</td> <td>436 (1.375)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td>104</td> <td>116</td> <td>62</td> <td>282 (745)</td> </tr> </tbody> </table> Nichtstattgaben durch IM: höchste Ablehnungsquote des IM (39,28 % aller Ersuchen)	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge	kA	403	kA	kA (kA)	Beratungen	430	403	221	1.054 (2.899)	abschließend beraten	326	307	177	810 (2.323)	Ersuchen	291	273	154	718 (2.120)	Stattgaben	187	157	92	436 (1.375)	Nichtstattgaben	104	116	62	282 (745)	TB vom 17.02.2005 – 31.12.2007 http://service.brandenburg.de/lis/detail.php/118498 <table border="1" data-bbox="1173 1246 2145 1469"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td></td> <td>73</td> <td>23</td> <td>96 (259)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>Zahlen</td> <td>55</td> <td>17</td> <td>72 (199)</td> </tr> <tr> <td>abschließend beraten</td> <td>in 2006</td> <td>47</td> <td>17</td> <td>64 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>enthalten</td> <td>38</td> <td>11</td> <td>49 (145)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td></td> <td>32</td> <td>10</td> <td>42 (125)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td>4</td> <td>1</td> <td>5 (15)</td> </tr> </tbody> </table> - Innenminister erläutert der HFK eine Nichtstattgabe	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge		73	23	96 (259)	Beratungen	Zahlen	55	17	72 (199)	abschließend beraten	in 2006	47	17	64 (kA)	Ersuchen	enthalten	38	11	49 (145)	Stattgaben		32	10	42 (125)	Nichtstattgaben		4	1	5 (15)
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																				
Eingänge	kA	403	kA	kA (kA)																																																																				
Beratungen	430	403	221	1.054 (2.899)																																																																				
abschließend beraten	326	307	177	810 (2.323)																																																																				
Ersuchen	291	273	154	718 (2.120)																																																																				
Stattgaben	187	157	92	436 (1.375)																																																																				
Nichtstattgaben	104	116	62	282 (745)																																																																				
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																				
Eingänge		73	23	96 (259)																																																																				
Beratungen	Zahlen	55	17	72 (199)																																																																				
abschließend beraten	in 2006	47	17	64 (kA)																																																																				
Ersuchen	enthalten	38	11	49 (145)																																																																				
Stattgaben		32	10	42 (125)																																																																				
Nichtstattgaben		4	1	5 (15)																																																																				

I.	<u>7. HESSEN</u>	<u>8. MECKLENBURG-VORPOMMERN</u>																																																																								
01.	<ul style="list-style-type: none"> - Innenministerium = Vorsitz (2) / Sozialministerium (1) (insg. 3) - drei kommunale Spitzenverbände (je 1 = 3) - Zentrale Ausländerbehörde (1) <p style="text-align: right;">STAAAT: 7</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> - Evangelische und katholische Kirche (je 1 = 2) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (2) - Amnesty International + Hessischer Flüchtlingsrat (je 1 = 2) - AG Ausländerbeiräte Hessen (1) - Beratungseinrichtung f. Frauen / Frauenbüro (1) - Beratungseinrichtung f. Opfer v. Menschenhandel (1) - Landesärztekammer (1) <p style="text-align: right;">NGO: 10</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> § 2 (1) HFKG: paritätische Besetzung mit Frauen und Männern	<ul style="list-style-type: none"> - Vertreter der kreisfreien Städte (1) - Vertreter der Landkreise (1) - Sozialministerium (1) <p style="text-align: right;">STAAAT: 4</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> - Leiter der Geschäftsstelle [als Vertreter des Innenministeriums] (1) - Evangelische Kirche (1) - Katholische Kirche (1) - Flüchtlingsorganisationen des Landes (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) <p style="text-align: right;">NGO: 4</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> § 2 (2) - paritätische Besetzung mit Frauen und Männern																																																																								
02.	§ 2 (1) HFKG: durch IM auf Vorschlag der entsendenden Institutionen	auf Vorschlag der entsendenden Institutionen																																																																								
03.	Keine Angaben	§ 2 (3) - Sachverständiger mit Qualifikation in psychiatrischer Hinsicht kann hinzugezogen werden																																																																								
04.	§ 4 (1) HFKG – ausschließlich im Weg der Selbstbefassung	§ 4 (1) - nur von einem Mitglied der HFK § 4 (2): jedoch Möglichkeit für Ausländer, sich direkt an die GS der HFK zu wenden																																																																								
05.	Jeweils vorbehaltlich einer anderen Entscheidung des VorprüfungsA !! § 4 (1) HFKG + § 1 (2) Nr.1 + 2 GO 1. nur bei Zuständigkeit einer hessischen ABH 2. nur bei vollziehbar ausreisepflichtigen Personen § 1 (2) Nr. 3-13: 3. Ziel in anderem ausländerrechtl. Verfahren erreichbar; 4. paralleles behördl. o. gerichtl. Verfahren zwecks Aufenthaltsstatus; 5. Paralleles Petitionsverfahren in gleicher Sache; 6. Erteilung Aufenthaltstitel wird nicht angestrebt; 7. Sachverhalt ausschließlich durch BAMF zu prüfen; 8. Versagung Aufenthaltstitel gem. § 5 (4) AufenthG; 9. Vollzug der Abschiebung bereits begonnen; 10./11. Kein Einverständnis oder keine Vollmacht des Ausländers; 12. Keinerlei Gesichtspunkte hinsichtl. dringender humanitärer/persönlicher Gründe; 13. Keine nachträgliche Änderung des Sach-/Rechtslage	§ 5 - 1.-5. zwingend ! § 7 (2) 6.-11.: "in der Regel": 1. nicht in der BRD aufhaltend / ABH des Landes sind nicht zuständig 2. Aufenthaltsort unbekannt; zur Fahndung ausgeschrieben 3. AE kann in anderem aufenthaltsrechtlichen Verfahren erlangt werden 4. Rückführungstermin bei länger bestehender Ausreisepflicht steht bereits fest 5. keine Änderung der Sach- oder Rechtslage 6. Aufenthaltsverbot oder illegaler Aufenthalt; 7. Versagungsgrund nach § 5 (4) AufenthG 8. Ausweisung / Abschiebeandrohung § 58a AufenthG; 9. lediglich durch BAMF zu prüfende Gründe; 10. Straftaten von erheblichem Gewicht; §§53,54 AufenthG 11. wiederholter, gröbliche Verstoß gegen Mitwirkungspflicht																																																																								
06.	§ 3 HFKG / § 4 GO: GS beim IM / VorprüfungsA (1x GS, 2x NGO-Mitglieder der HFK)	GS beim Innenministerium (Vorprüfungsausschuss)																																																																								
07.	§ 6 HFKG – GS ersucht, soweit erforderlich, ABH bis abschließendem Votum von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen – Erlass des HMdI vom 14.11.2008 – Aussetzung wenn nach Vorprüfung feststeht, dass Behandlung erfolgen wird	§ 3 (2) VO - keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen für die Dauer des Härtefallverfahrens § 2 (2) GO - sofern keine Ausschlussgründe vorliegen, fordert die Geschäftsstelle die ABH unverzüglich auf, für die Dauer des Verfahrens von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen																																																																								
08.	§ 7 HFKG / § 7 (2) GO - einfache Mehrheit der gesetzlich bestimmten Mitglieder	§ 7 (1) VO - Zustimmung von mindestens fünf Mitgliedern / § 7 (2) GO: qualifizierte Mehrheit																																																																								
09.	§ 9 HFKG: Beschlüsse der HFK unterliegen keiner gerichtlichen Nachprüfung	§ 4 (5) VO: kein förmlicher Rechtsbehelf																																																																								
10.	§§ 7 (4), 8 (2) HFKG: durch das Innenministerium; bei geplanter Ablehnung ist die HFK vorab zu informieren - § 9(2) GO– GS unterrichtet HFK bei geplanter Ablehnung	§ 8 VO - durch das Ministerium des Innern																																																																								
11.	TB vom 21.04.2006 – 31.12.2006 http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Newsletter_Anhaenge/126/2007-07-23_ErsterTaetigkeitsbericht2005-2006Hessen.pdf <table border="1" data-bbox="206 1329 1025 1520" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th colspan="2">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>in</td> <td>129</td> <td>kA</td> <td>kA</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>2006</td> <td>63</td> <td>29</td> <td>92</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>ent-</td> <td>36</td> <td>16</td> <td>52</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>halten</td> <td>32</td> <td>15</td> <td>47</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td>4</td> <td>1</td> <td>5</td> <td>(kA)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert		Eingänge	in	129	kA	kA	(kA)	Beratungen	2006	63	29	92	(kA)	Ersuchen	ent-	36	16	52	(kA)	Stattgaben	halten	32	15	47	(kA)	Nichtstattgaben		4	1	5	(kA)	TB vom 01.01.2005 – 31.12.2007 http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/im/Themen/Asyl_und_Fluechtlinge/Haerte_fallkommission/index.jsp?&downloads=1 <table border="1" data-bbox="1137 1329 2092 1520" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th colspan="2">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>31</td> <td>46</td> <td>6</td> <td>83</td> <td>(90)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>7</td> <td>10</td> <td>11</td> <td>28</td> <td>(66)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>3</td> <td>6</td> <td>8</td> <td>17</td> <td>(46)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>3</td> <td>4</td> <td>4</td> <td>11</td> <td>(25)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td>0</td> <td>2</td> <td>4</td> <td>6</td> <td>(21)</td> </tr> </tbody> </table> Nichtstattgaben durch IM: zweithöchste Ablehnungsquote des IM (35,29 % aller Ersuchen)	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert		Eingänge	31	46	6	83	(90)	Beratungen	7	10	11	28	(66)	Ersuchen	3	6	8	17	(46)	Stattgaben	3	4	4	11	(25)	Nichtstattgaben	0	2	4	6	(21)
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																						
Eingänge	in	129	kA	kA	(kA)																																																																					
Beratungen	2006	63	29	92	(kA)																																																																					
Ersuchen	ent-	36	16	52	(kA)																																																																					
Stattgaben	halten	32	15	47	(kA)																																																																					
Nichtstattgaben		4	1	5	(kA)																																																																					
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																						
Eingänge	31	46	6	83	(90)																																																																					
Beratungen	7	10	11	28	(66)																																																																					
Ersuchen	3	6	8	17	(46)																																																																					
Stattgaben	3	4	4	11	(25)																																																																					
Nichtstattgaben	0	2	4	6	(21)																																																																					

9 . NIEDERSACHSEN					10 . NORDRHEIN-WESTFALEN																																																																						
01.	<ul style="list-style-type: none"> - Vorsitzendes Mitglied (Innenministerium; ohne Stimmrecht) - Geschäftsstelle der HFK (1) / - Innenministerium (1) - Vertreter des Landkreistages (1) - Vertreter des Städtetages (1) 				STAAT: 3	<ul style="list-style-type: none"> - LeiterIn der Geschäftsstelle = Vorsitzende/r (1) - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW (1) - Ausländerbehörde (1) 				STAAT: 3																																																																	
	<ul style="list-style-type: none"> - Evangelische Kirche (1) - Katholische Kirche (1) - Liga Freie Wohlfahrtsverbände – Parität e.V. (1) - Unternehmerverbände (1) - DGB Bezirksverwaltung (1) 				NGO: 5	<ul style="list-style-type: none"> - Römisch-katholische Kirche (1) - Evangelische Kirche (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) - Flüchtlingsrat NRW (1) - Pro Asyl (1 - Volker Maria Hügel) - Ärzteschaft (1 - Herr Dr. Gierlichs) 				NGO: 6																																																																	
	KEINE Mitwirkung von Flüchtlingsorganisationen !! - § 7 (1) - es finden keine Anhörungen statt																																																																										
02.	auf Vorschlag der entsendenden Institutionen durch IM-Nds					durch den Innenminister																																																																					
03.	§ 2 (4) - außer vorsitzendem Mitglied alle ehrenamtlich tätig					§ 2 (2) HFKVO - sollen Erfahrungen in Ausländer- und Flüchtlingsarbeit haben																																																																					
04.	§ 4 (1) - nur im Wege einer schriftlichen Eingabe durch ein HFK-Mitglied / § 5 (1) - vorsitzendes Mitglied entscheidet über Vorliegen der Voraussetzungen zur Befassung					nur durch Mitglieder der HFK / ABH können der GS Einzelfälle vorlegen (Pkt.2 GO) / - §§ 3 (2) / 4 (2) HFKVO: GS holt vorher Stellungnahme + fachrechtliches Votum der AB ein																																																																					
05.	<p>§ 5 (1) 1-9 zwingend: 1. nicht in BRD aufhaltend, Aufenthalt unbekannt - 2. ABH des Landes nicht zuständig - 3. Person nicht vollziehbar ausreisepflichtig - 4. Termin für Abschiebung steht bereits fest - 5. unanfechtbare Ausweisung - 6. in 3 Jahren vor Eingabe Geldstrafe 90 Tages-sätze oder Haftstrafe 3 Monate - 7. Petition anhängig - 8. keine Änderung der Sach- oder Rechtslage - 9. ausschließlich durch BAMF zu prüfende Gründe</p> <p>§ 6 (1) 1-4, (3) "in der Regel" 1. Ausweisung nach §§ 53, 54, 55 (2) Nr.8 AufenthG oder Abschiebeanordnung nach § 58a AufenthG - 2. Verstoß gegen Mitwirkungspflichten - 3. Täuschung über aufenthaltsrechtliche Umstände - 4. Bezug von Sozialleistungen</p> <p>- Abs.3: ausschließlich durch BAMF zu prüfende Gründe</p> <p>§ 6 Abs.1 S.2: "Haftung für Familienmitglieder" – Ausschluss bei einem Familienmitglied nach § 5 oder § 6 Nr.1-3 wirkt in der Regel gegen andere Familienmitglieder !!</p>					<p>§ 5 Abs.1 + 2 HFKVO (1.-7.: zwingend !; 8.-13. "soll")</p> <p>1. nicht in der BRD aufhaltend / 2. ABH NRW nicht zuständig / 3. nicht vollziehbar ausrei-sepflichtig / 4. keinen ordnungsgemäßen Wohnsitz in NRW / 5. Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG / 6. Versagungsgrund nach § 5 (4) AufenthG / 7. Ausweisung gem. § 53 AufenthG /</p> <p>8. Aufenthalt entgegen § 11 AufenthG 9. AE kann noch anderweitig erreicht werden 10. zur Fahndung ausgeschrieben 11. Straftaten von erheblichem Gewicht 12. Ausweisung gem. § 54 AufenthG 13. Termin für Rückführung steht fest</p>																																																																					
06.	GS im Innenministerium (KEIN Vorprüfungsausschuss)					GS beim Innenministerium (Vorprüfungsausschuss)																																																																					
07.	§ 5 (3) - Zurückstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Entscheidung					VO ohne Angabe; Pkt.4 IM-Hinweise vom 20.01.2005: keine aufschiebende Wirkung ("Empfehlung an ABH, von aufenthaltsbeend. Maßnahmen abzusehen, im Regelfall für nicht mehr als 8 Wochen");																																																																					
08.	§ 7 (2,3) – 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder (beschlussfähig bei mind. 5 Mitgliedern)					§ 6(3) - einfache Stimmenmehrheit anwesender HFK-Mitglieder																																																																					
09.	VO ohne Angabe - Begründung VO: "kein Verwaltungsakt"					§ 1 (2) VO + Pkt.4 GO - begründet keine eigenen Rechte, kein Rechtsbehelf																																																																					
10.	VO ohne Angabe					§ 7 (1) VO - Übertragung auf die Ausländerbehörden !!																																																																					
11.	08.2008 – 30.06.2008 (!!) - bislang kein offizieller TB lt. Presseinformation Flüchtlingsrat Niedersachsen sowie Auskunft Fraktion GRÜNE/B90					TB von 01.01.2005 – 31.12.2007 // TB nicht online erhältlich																																																																					
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">2005</th> <th style="text-align: center;">2006</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td></td> <td style="text-align: center;">kA</td> <td style="text-align: center;">kA</td> <td style="text-align: center;">122 (237)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">erst</td> <td style="text-align: center;">9</td> <td style="text-align: center;">10</td> <td style="text-align: center;">19 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">ab</td> <td style="text-align: center;">5</td> <td style="text-align: center;">7</td> <td style="text-align: center;">12 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td style="text-align: center;">08/2006</td> <td style="text-align: center;">5</td> <td style="text-align: center;">4</td> <td style="text-align: center;">9 (34)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">3</td> <td style="text-align: center;">3 (kA)</td> </tr> </tbody> </table>				Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge		kA	kA	122 (237)	Beratungen	erst	9	10	19 (kA)	Ersuchen	ab	5	7	12 (kA)	Stattgaben	08/2006	5	4	9 (34)	Nichtstattgaben		0	3	3 (kA)		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">2005</th> <th style="text-align: center;">2006</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td></td> <td style="text-align: center;">1.756</td> <td style="text-align: center;">305</td> <td style="text-align: center;">2.061 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">in</td> <td style="text-align: center;">1.272</td> <td style="text-align: center;">303</td> <td style="text-align: center;">1.575 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen - nur ca. 18,16 % v. Beratung</td> <td style="text-align: center;">2006</td> <td style="text-align: center;">240</td> <td style="text-align: center;">46</td> <td style="text-align: center;">286 (kA)</td> </tr> <tr> <td>keine abschließ. Entscheidung ABH</td> <td style="text-align: center;">ent-</td> <td style="text-align: center;">116</td> <td style="text-align: center;">-86</td> <td style="text-align: center;">30 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – – über 90% (!!)</td> <td style="text-align: center;">halten</td> <td style="text-align: center;">109</td> <td style="text-align: center;">132</td> <td style="text-align: center;">241 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td style="text-align: center;">15</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">15 (kA)</td> </tr> </tbody> </table>				Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge		1.756	305	2.061 (kA)	Beratungen	in	1.272	303	1.575 (kA)	Ersuchen - nur ca. 18,16 % v. Beratung	2006	240	46	286 (kA)	keine abschließ. Entscheidung ABH	ent-	116	-86	30 (kA)	Stattgaben – – über 90% (!!)	halten	109	132	241 (kA)	Nichtstattgaben		15	0	15 (kA)	
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																							
Eingänge		kA	kA	122 (237)																																																																							
Beratungen	erst	9	10	19 (kA)																																																																							
Ersuchen	ab	5	7	12 (kA)																																																																							
Stattgaben	08/2006	5	4	9 (34)																																																																							
Nichtstattgaben		0	3	3 (kA)																																																																							
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																							
Eingänge		1.756	305	2.061 (kA)																																																																							
Beratungen	in	1.272	303	1.575 (kA)																																																																							
Ersuchen - nur ca. 18,16 % v. Beratung	2006	240	46	286 (kA)																																																																							
keine abschließ. Entscheidung ABH	ent-	116	-86	30 (kA)																																																																							
Stattgaben – – über 90% (!!)	halten	109	132	241 (kA)																																																																							
Nichtstattgaben		15	0	15 (kA)																																																																							

11. RHEINLAND - P F A L Z

12. S A A R L A N D

01.	<ul style="list-style-type: none"> - StaatssekretärIn Innenministerium - Landesbeauftragten für Ausländerfragen Staatskanzlei (beide ohne Stimmrecht) - LeiterIn des für Ausländerrecht zuständigen Referats (1) - Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz (1) - Städtetag + Landkreistag Rheinland-Pfalz (2) STAAT: 4 - Evangelische Kirche - Katholische Kirche (2) - Liga freier Wohlfahrtsverbände (1) - ai-Landesbeauftragter für Asylfragen (1 – Heiko Müller) NGO: 4 <p><i>(§ 2 Abs.6 GO: für alle: Sitzungspauschale 25.-€ / Fahrkostenerstattung)</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> - v. Landtag bestelltes Mitglied als Vorsitzende/r (1) - Landkreistag des Saarlandes (1) - Städte- und Gemeindetages des Saarlandes (1) STAAT: 3 - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (2) - Evangelische Kirche (1) - Katholische Kirche (1) - AG der Ausländerbeiräte (1) NGO: 5 																																																																														
02.	durch die entsendenden Institutionen	durch entsendende Institution																																																																														
03.	§ 2 (4) HFKVO - Kenntnisse des Aufenthalts- / Asylrechts oder Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung	keine Angaben																																																																														
04.	§ 3 (1) HFKVO - nur von einem Mitglied der HFK -- § 4 Abs.1 GO: formlose Eingaben Dritter sind zu prüfen - das betr. Mitglied ist hier frei in seiner Entscheidung	- nur durch mind. einem Mitglied der HFK - §2 Nr.2 GO der HFK: Betroffenen werden Gründe der Nichtbefassung mitgeteilt																																																																														
05.	<p>§ 3 (2) + § 4 HFKVO (1.-6. zwingend; 7.-11. "in der Regel")</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. nicht in der BRD aufhaltend / 2. AB Rhl./Pf. nicht zuständig 3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig 4. lediglich Gründe, die durch das BAMF zu prüfen sind !! 5. Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG oder Ausweisung nach § 53 AufenthG 6. keine Änderung von Sach- / Rechtslage 7. Straftaten von erheblichem Gewicht 8. Vorliegen von Ausreisehindernissen selbst verschuldet 9. Einreise unmittelbar vor HFK-Antrag illegal, visumsfrei o. Besuchsvisum 10. Aufenthaltsverbot gemäß § 11 AufenthG 11. Regelausweisung gem. § 54 AufenthG 	<p>§ 5 HFKVO</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ABH Saarland sind nicht zuständig 2. nicht im Besitz einer gültigen Duldung gem. 60a AufenthG 3. ausschließlich zielstaatsbezogene Gründe (!!) 4. Ausweisung gem. §§ 53, 54, 55 AufenthG 5. keine Änderung der Sach- oder Rechtslage 6. Antrag nach § 25 (4) o. (5) AufenthG möglich 																																																																														
06.	GS beim Innenministerium (§1 Abs.2 GO: Vorprüfungsausschuss)	GS beim Innenministerium (§ 2 GO: Vorprüfungsgremium)																																																																														
07.	§ 3 (1) S.4 HFKVO - Antrag hat <u>keine</u> aufschiebende Wirkung ABER: Bitten des IM, keine Abschiebungen vorzunehmen, wird Folge geleistet !	keine Angaben in der VO - lt. Merkblatt der GS: Eingabe ist kein Rechtsbehelf, daher keine aufschiebende Wirkung, daher keine Aussetzung d. Abschiebung																																																																														
08.	§ 5 (1) - 2/3-Mehrheit der <u>anwesenden</u> HFK-Mitglieder (schriftliches Beschlussverfahren: 2/3 <u>aller</u> Mitglieder !)	§ 6 (2) - durch ¾-Mehrheit / bei Bezug von Sozialhilfe muss Stadt- o. Landkreistag zustimmen !!																																																																														
09.	§ 3 (1) S.4 HFKVO - Antrag kein förmlicher Rechtsbehelf	VO ohne Angabe - lt. Merkblatt GS: "nicht justiziabel"																																																																														
10.	durch das Ministerium des Innern	VO ohne Angabe																																																																														
11.	<p>TB vom 01.01.2006 – 31.12.2007 // TB nicht online erhältlich</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="width: 25%;">Fälle (Personen)</th> <th style="width: 10%;">2005</th> <th style="width: 10%;">2006</th> <th style="width: 10%;">2007</th> <th style="width: 10%;">kumuliert</th> <th style="width: 10%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>in</td> <td>116</td> <td>24</td> <td>140</td> <td>(503)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>2006</td> <td>109</td> <td>21</td> <td>130</td> <td>(469)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>ent-</td> <td>39</td> <td>6</td> <td>45</td> <td>(174)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – 100 % (!!)</td> <td>halten</td> <td>39</td> <td>6</td> <td>45</td> <td>(174)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td>0</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>(0)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert		Eingänge	in	116	24	140	(503)	Beratungen	2006	109	21	130	(469)	Ersuchen	ent-	39	6	45	(174)	Stattgaben – 100 % (!!)	halten	39	6	45	(174)	Nichtstattgaben		0	0	0	(0)	<p>TB von 2005 – 31.12.2007 http://www.haertefallkommission.saarland.de/13676.htm</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="width: 25%;">Fälle (Personen)</th> <th style="width: 10%;">2005</th> <th style="width: 10%;">2006</th> <th style="width: 10%;">2007</th> <th style="width: 10%;">kumuliert</th> <th style="width: 10%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>100</td> <td>73</td> <td>17</td> <td>190</td> <td>(656)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>51</td> <td>50</td> <td>14</td> <td>115</td> <td>(404)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>38</td> <td>33</td> <td>13</td> <td>84</td> <td>(294)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>30</td> <td>29</td> <td>11</td> <td>70</td> <td>(247)</td> </tr> <tr> <td>IM nicht abschließ. entschieden</td> <td></td> <td></td> <td>2</td> <td>2</td> <td>(7)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td>7</td> <td>4</td> <td>0</td> <td>11</td> <td>(39)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert		Eingänge	100	73	17	190	(656)	Beratungen	51	50	14	115	(404)	Ersuchen	38	33	13	84	(294)	Stattgaben	30	29	11	70	(247)	IM nicht abschließ. entschieden			2	2	(7)	Nichtstattgaben	7	4	0	11	(39)
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																												
Eingänge	in	116	24	140	(503)																																																																											
Beratungen	2006	109	21	130	(469)																																																																											
Ersuchen	ent-	39	6	45	(174)																																																																											
Stattgaben – 100 % (!!)	halten	39	6	45	(174)																																																																											
Nichtstattgaben		0	0	0	(0)																																																																											
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																												
Eingänge	100	73	17	190	(656)																																																																											
Beratungen	51	50	14	115	(404)																																																																											
Ersuchen	38	33	13	84	(294)																																																																											
Stattgaben	30	29	11	70	(247)																																																																											
IM nicht abschließ. entschieden			2	2	(7)																																																																											
Nichtstattgaben	7	4	0	11	(39)																																																																											

13. SACHSEN					14. SACHSEN-ANHALT																																																																
01.	- Staatsministerium des Innern (1) - Staatsministerium für Soziales (1) - Sächsischer Städte- und Gemeindetag e.V. (1) - Sächsischer Landkreistag e.V. (1) STAAT: 4 - Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens (1) - Bistum Dresden-Meißen (1) - Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. (1) - Liga der Freien Wohlfahrtspflege – Diakonie (1) NGO: 4 Der Ausländerbeauftragte für die Dauer seiner Amtszeit, sofern Einverständnis gegenüber IM				Vorschlagsberechtigt für je 1 Mitglied und 1 StellvertreterIn sind: - Landkreis Sachsen-Anhalt (1) - Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes (1) - Ministerium f. Gesundheit + Soziales / Integrationsbeauftragte (1) - Ministerium des Innern (1) STAAT: 4 - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) - Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt (1) - Katholische Kirche (1) - Evangelische Kirche (1) NGO: 4																																																																
02.	Auf Vorschlag o.g. Institutionen – durch Innenministerium				auf Vorschlag der entsendenden Institutionen – Benennung durch den Innenminister																																																																
03.	Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts oder Erfahrungen in der Flüchtlingsberatung				es "sollen" Kenntnisse über Aufenthalts- + Asylrecht; oder Erfahrungen in der Flüchtlingsberatung vorhanden sein																																																																
04.	- ausschließlich durch ein Mitglied der HFK				- ausschließlich durch ein (stellvertretendes) Mitglied der HFK																																																																
05.	§ 3(1) - zwingend (1.-4.) / § 3(2) (3) "in der Regel" (8.-10.) 1. ABH Sachsen nicht zuständig 2. nur Gründe, die bereits in einem Gerichts- oder Petitionsverfahren überprüft wurden 3. hinsichtlich Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren anhängig 4. keine günstigere Änderung der Sach- oder Rechtslage 4a. lediglich durch BAMF zu prüfende Gründe 5. Ausweisungsgrund; erfolgte Ausweisung o. Androhung; § 54 Nr. 5, 5a, 6; § 58a AufenthG 6. keine Einwilligung i.R. des Datenschutzgesetzes 7. wiederholter, gröblicher Verstoß gegen Mitwirkungspflicht 8. rechtskräftige Verurteilung zu mind. 6 Mon. / 180 TS 9. Petitionsverfahren ist anhängig / 10. nicht in der Lage, Lebensunterhalt zu sichern				§ 6 HFKVO 1. in den letzten 3 Jahren Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe (mind. 6 Monate oder 180 Tagessätze) 2. Ausweisung gem. §§ 53, 54 AufenthG o. Versagung des Aufenthaltstitels gem. 3 5 (4) AufenthG 3. wiederholt o. gröblich gegen Mitwirkungspflichten verstoßen hat o. verstößt / o. beharrlich über aufenthaltsrechtlich bedeutsame Umstände getäuscht hat 4. zur Fahndung ausgeschrieben																																																																
06.	VO ohne Angabe; lt. § 5 GO der HFK - JA				Im Innenministerium ist eine weisungsunabhängige Geschäftsstelle eingerichtet. Sie bereitet die Sitzungen der Kommission vor. Eine Vorprüfung der Anträge erfolgt nicht.																																																																
07.	VO ohne Angabe; lt. § 6 (4) GO der HFK - Aussetzung JA				Das Innenministerium ordnet die Aussetzung der Abschiebung dann an, wenn keine Ausschlussgründe nach § 6 HFK-VO vorliegen																																																																
08.	2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !!) - beschlussfähig > 50%				2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !!)																																																																
09.	VO ohne Angabe				VO ohne Angabe - Begründung zu § 4: "nicht justizabel"																																																																
10.	§ 2 HFK-VO: durch den Innenminister				VO ohne Angabe																																																																
11.	TB von 2005 – 31.12..2007 // TB nicht online erhältlich				TB 22.04.2005-31.12.2007 http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=16010																																																																
	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>in</td> <td>55</td> <td>kA</td> <td>kA (152)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>2006</td> <td>45</td> <td>11</td> <td>56 (161)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>ent-</td> <td>30</td> <td>9</td> <td>39 (120)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>halten</td> <td>26</td> <td>9</td> <td>35 (100)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td>4</td> <td>0</td> <td>4 (20)</td> </tr> </tbody> </table>				Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge	in	55	kA	kA (152)	Beratungen	2006	45	11	56 (161)	Ersuchen	ent-	30	9	39 (120)	Stattgaben	halten	26	9	35 (100)	Nichtstattgaben		4	0	4 (20)	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>33</td> <td>27</td> <td>26</td> <td>86 (316)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>20</td> <td>29</td> <td>18</td> <td>67 (315)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>9</td> <td>8</td> <td>6</td> <td>23 (104)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – über 90% (!!)</td> <td>8</td> <td>8</td> <td>5</td> <td>21 (101)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td>1</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>1 (3)</td> </tr> </tbody> </table>					Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge	33	27	26	86 (316)	Beratungen	20	29	18	67 (315)	Ersuchen	9	8	6	23 (104)	Stattgaben – über 90% (!!)	8	8	5	21 (101)	Nichtstattgaben	1	0	0	1 (3)
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																	
Eingänge	in	55	kA	kA (152)																																																																	
Beratungen	2006	45	11	56 (161)																																																																	
Ersuchen	ent-	30	9	39 (120)																																																																	
Stattgaben	halten	26	9	35 (100)																																																																	
Nichtstattgaben		4	0	4 (20)																																																																	
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																	
Eingänge	33	27	26	86 (316)																																																																	
Beratungen	20	29	18	67 (315)																																																																	
Ersuchen	9	8	6	23 (104)																																																																	
Stattgaben – über 90% (!!)	8	8	5	21 (101)																																																																	
Nichtstattgaben	1	0	0	1 (3)																																																																	

15. SCHLESWIG-HOLSTEIN					16. THÜRINGEN																																																																										
01.	<ul style="list-style-type: none"> - Vorsitz Mitglied des Innenministeriums (einer der zwei HFK-benannten Mitglieder) - Arbeitsgemeinschaft kommunaler Landesverbände (2) - Innenministerium (2) STAAT: 4 - Katholisches Erzbistum Hamburg (1) - Nordelbische Evangelisch Lutherische Kirche. (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände – Deutsches Rotes Kreuz (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände – Arbeiterwohlfahrt (1) - Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein (1 – Stellvertretung: amnesty international) - Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein (1) NGO: 6 				<ul style="list-style-type: none"> - Staatssekretär für Ausländerrecht zuständige Ministerium (Vorsitz ohne Stimmrecht) - Vorsitzender des Petitionsausschusses (1) - Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes (1) - Vertreter des Landkreistages (1) - Ausländerbeauftragter des MfSFG (1) STAAT: 4 - Katholische Kirche (1) - Evangelische Kirche (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) - Landesärztekammer (1) [langjähriges ai-Einzelmitglied] NGO: 4 																																																																										
02.	durch das Innenministerium				auf Vorschlag der entsendenden Institutionen																																																																										
03.	Mitarbeit von Personen mit Migrationshintergrund angestrebt				VO ohne Angabe																																																																										
04.	<ul style="list-style-type: none"> - auch durch Anrufung von AusländerInnen !! → positive HFK-Gestaltung !! - auch durch bevollmächtigte Dritte !! → positive HFK-Gestaltung !! 				- nur durch mind. einem Mitglied der HFK																																																																										
05.	<u>§ 13 HFKVO</u> 1. ABH Schleswig -Holstein nicht zuständig 2. wenn Ziel in anderem aufenthaltsrechtlichen oder Asylverfahren erreicht werden kann oder konnte (insb. bei ausschließlich Angabe von zielstaatsbezogenen Gründen) <u>§ 16 (3) HFKVO "in der Regel"</u> 3. Straftat von erheblichem Gewicht gem. §§ 53, 54 AufenthG <u>Pkt.3 der GO "in der Regel"</u> : Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel; Tatbestand §§ 53, 54, 58a AufenthG erfüllt; nicht nur kurzfristiger (> 3 Mon.) unrechtmäßiger Aufenthalt; Anrufung der HFK "offensichtlich missbräuchlich"; Verfahren, Ausreise "offensichtlich missbräuchlich" verzögert				<u>§ 5 Abs.1 HFKVO</u> 1. nicht in der BRD aufhaltend 2. ABH Thüringen sind nicht zuständig 3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig 4. ausschließlich zielstaatsbezogene Gründe (!!) 5. Ausweisung gem. §§ 53, 54, 55 AufenthG 6. zur Fahndung ausgeschrieben 7. keine Änderung der Sach- und Rechtslage																																																																										
06.	GS beim IM (eigenständiger Vorprüfungsausschuss - 2 von Kommission gewählte Personen)				GS beim für Ausländerrecht zuständigen Ministerium																																																																										
07.	VO ohne Angabe / GS kann ABH informieren und bittet im Regelfall um Aussetzung der Abschiebung / ABH ist nicht an Weisung diesbezüglich gebunden				VO ohne Angabe - offenbar keine Aussetzung vorgesehen !!																																																																										
08.	mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder				2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !!)																																																																										
09.	Anrufung selbst ist kein Rechtsbehelf				VO ohne Angabe																																																																										
10.	durch Innenminister				durch für Ausländerrecht zuständigen Minister																																																																										
11.	TB von 01.01.2005 – 31.12.2007 - http://www.frsh.de/behoe/hfk.html				(kein TB veröffentlicht – Zahlen entnommen Presseerklärung IM Thüringen vom 06.02.2008) – Ztr.: 01.01.2006 – 31.12.2007 (für 2005 keine vollständigen Angaben) http://www.thueringen.de/de/tim/aktuell/presse/30357/uindex.html																																																																										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">2005</th> <th style="text-align: center;">2006</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">188</td> <td style="text-align: center;">112</td> <td style="text-align: center;">63</td> <td style="text-align: center;">363 (879)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">134</td> <td style="text-align: center;">51</td> <td style="text-align: center;">23</td> <td style="text-align: center;">208 (532)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">70</td> <td style="text-align: center;">25</td> <td style="text-align: center;">10</td> <td style="text-align: center;">105 (246)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td style="text-align: center;">65</td> <td style="text-align: center;">19</td> <td style="text-align: center;">8</td> <td style="text-align: center;">92 (213)</td> </tr> <tr> <td>IM nicht abschließend entschieden</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">2 (8)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td style="text-align: center;">5</td> <td style="text-align: center;">4</td> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">11 (25)</td> </tr> </tbody> </table>				Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge	188	112	63	363 (879)	Beratungen	134	51	23	208 (532)	Ersuchen	70	25	10	105 (246)	Stattgaben	65	19	8	92 (213)	IM nicht abschließend entschieden	0	2	0	2 (8)	Nichtstattgaben	5	4	2	11 (25)	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">2005</th> <th style="text-align: center;">2006</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">71</td> <td style="text-align: center;">69</td> <td style="text-align: center;">33</td> <td style="text-align: center;">172 (661)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">49</td> <td style="text-align: center;">62</td> <td style="text-align: center;">32</td> <td style="text-align: center;">143 (335)</td> </tr> <tr> <td>AE nach anderer Vorschrift</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">9</td> <td style="text-align: center;">9 (33)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">35</td> <td style="text-align: center;">36</td> <td style="text-align: center;">19</td> <td style="text-align: center;">90 (206)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td style="text-align: center;">27</td> <td style="text-align: center;">29</td> <td style="text-align: center;">17</td> <td style="text-align: center;">73 (169)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td style="text-align: center;">7</td> <td style="text-align: center;">7</td> <td style="text-align: center;">2</td> <td style="text-align: center;">16 (37)</td> </tr> </tbody> </table>					Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert	Eingänge	71	69	33	172 (661)	Beratungen	49	62	32	143 (335)	AE nach anderer Vorschrift			9	9 (33)	Ersuchen	35	36	19	90 (206)	Stattgaben	27	29	17	73 (169)	Nichtstattgaben	7	7	2	16 (37)
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																											
Eingänge	188	112	63	363 (879)																																																																											
Beratungen	134	51	23	208 (532)																																																																											
Ersuchen	70	25	10	105 (246)																																																																											
Stattgaben	65	19	8	92 (213)																																																																											
IM nicht abschließend entschieden	0	2	0	2 (8)																																																																											
Nichtstattgaben	5	4	2	11 (25)																																																																											
Fälle (Personen)	2005	2006	2007	kumuliert																																																																											
Eingänge	71	69	33	172 (661)																																																																											
Beratungen	49	62	32	143 (335)																																																																											
AE nach anderer Vorschrift			9	9 (33)																																																																											
Ersuchen	35	36	19	90 (206)																																																																											
Stattgaben	27	29	17	73 (169)																																																																											
Nichtstattgaben	7	7	2	16 (37)																																																																											
	Würdigung von Gesichtspunkten, die im Geschlecht begründet liegen; Pkt.4 der GO: langjähriger Aufenthalt mit besonderer Integration; schwerste gesundheitliche Folgen																																																																														

G E S A M T S T A T I S T I K 2 0 0 5 - 2 0 0 7

Stand Juni 2008

keine Zahlen wegen zusammengefasster Tätigkeitsberichte

Ersuchen / Beraten = Anzahl der Ersuchen im Verhältnis zu beratenen Fällen

Stattgaben / Ersuchen = Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen

Fälle in %; nach Bundesländer

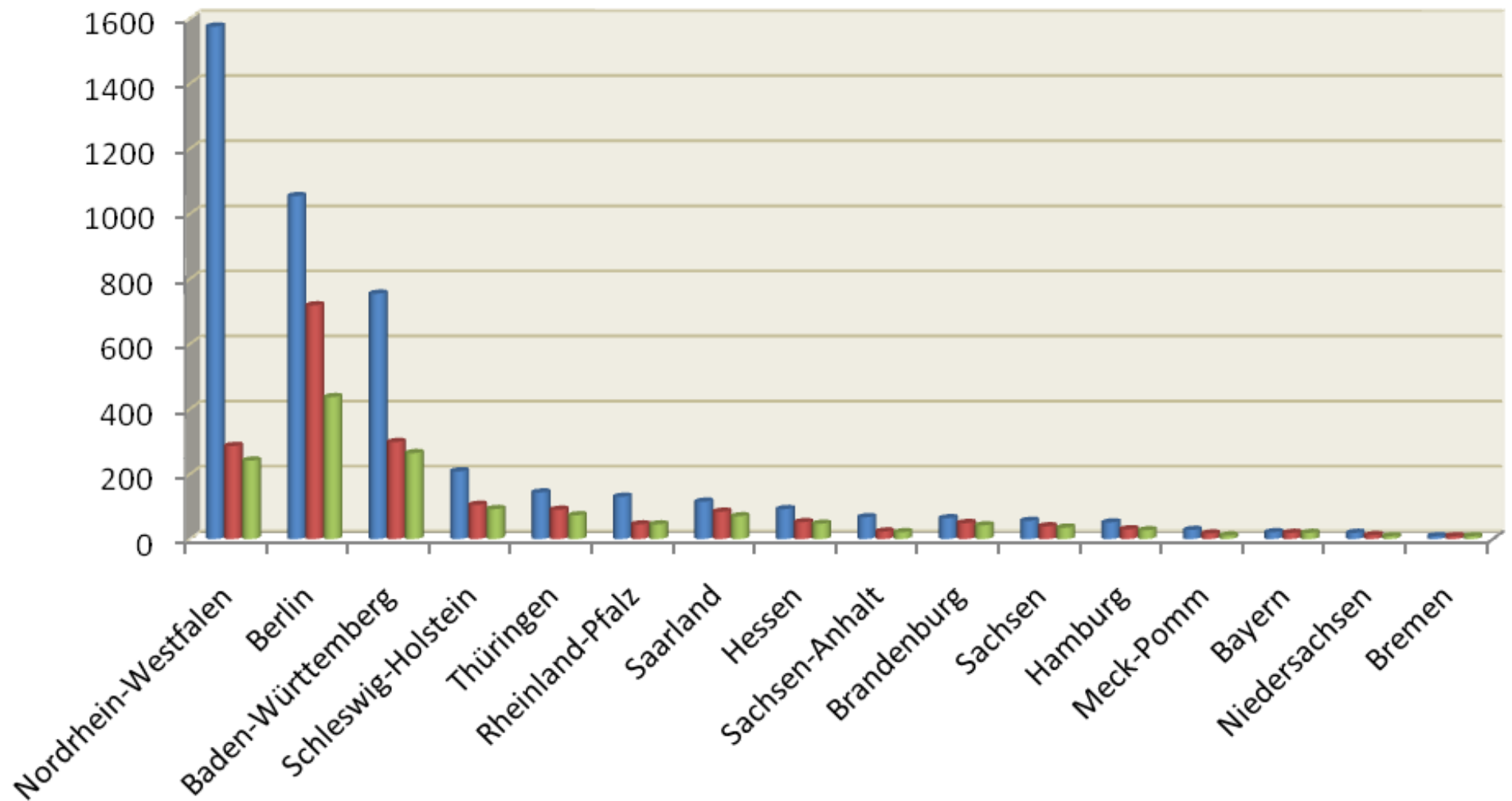
	2005		2006		2007		Kumuliert	
	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen
Baden-Württemberg			39,65%	89,07%	38,93%	88,00%	39,52%	88,59%
Bayern					90,48%	100,00%	90,48%	100,00%
Berlin	89,26%	64,26%	88,93%	57,51%	87,01%	59,74%	88,64%	60,72%
Brandenburg			80,85%	84,21%	64,71%	90,91%	76,56%	85,71%
Bremen			100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%
Hamburg			65,12%	89,29%	25,00%	100,00%	58,82%	90,00%
Hessen			57,14%	88,89%	55,17%	93,75%	56,52%	90,38%
Mecklenburg-Vorpommern	42,86%	100,00%	60,00%	66,67%	72,73%	50,00%	60,71%	64,71%
Niedersachsen (bis 30.Juni 2008)			55,56%	100,00%	70,00%	57,14%	63,16%	75,00%
Nordrhein-Westfalen			18,87%	87,90%	15,18%	100,00%	18,16%	94,14%
Rheinland-Pfalz			35,78%	100,00%	28,57%	100,00%	34,62%	100,00%
Saarland	74,51%	78,95%	66,00%	87,88%	92,86%	100,00%	73,04%	85,37%
Sachsen			66,67%	86,67%	81,82%	100,00%	69,64%	89,74%
Sachsen-Anhalt	45,00%	88,89%	27,59%	100,00%	33,33%	83,33%	34,33%	91,30%
Schleswig-Holstein	52,24%	92,86%	49,02%	82,61%	43,48%	80,00%	50,48%	89,32%
Thüringen	71,43%	77,14%	58,06%	80,56%	82,61%	89,47%	67,16%	81,11%
<u>Bundesdurchschnitt</u>							61,37%	86,63%

Fälle in %;

nach Anzahl der Ersuchen im Verhältnis zu beratenen Fällen			nach Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen		
	2005 - 2007			2005 - 2007	
	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen		Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen
Bremen	100,00%	100,00%	Bayern	90,48%	100,00%
Bayern	90,48%	100,00%	Bremen	100,00%	100,00%
Berlin	88,64%	60,72%	Rheinland-Pfalz	34,62%	100,00%
Brandenburg	76,56%	85,71%	Nordrhein-Westfalen	18,16%	94,14%
Saarland	73,04%	85,37%	Sachsen-Anhalt	34,33%	91,30%
Sachsen	69,64%	89,74%	Hessen	56,52%	90,38%
Thüringen	67,16%	81,11%	Hamburg	58,82%	90,00%
Niedersachsen	63,16%	75,00%	Sachsen	69,64%	89,74%
Mecklenburg-VorP	60,71%	64,71%	Schleswig-Holstein	50,48%	89,32%
Hamburg	58,82%	90,00%	Baden-Württemberg	39,52%	88,59%
Hessen	56,52%	90,38%	Brandenburg	76,56%	85,71%
Schleswig-Holstein	50,48%	89,32%	Saarland	73,04%	85,37%
Baden-Württemberg	39,52%	88,59%	Thüringen	67,16%	81,11%
Rheinland-Pfalz	34,62%	100,00%	Niedersachsen	63,16%	75,00%
Sachsen-Anhalt	34,33%	91,30%	Mecklenburg-VorP	60,71%	64,71%
Nordrhein-Westfalen	18,16%	94,14%	Berlin	88,64%	60,72%
Bundesdurchschnitt	61,37%	86,63%	Bundesdurchschnitt	61,37%	86,63%

Vergleich Beratungen / Ersuchen / Stattgaben 2005 - 2007

■ **Beraten** ■ **Ersuchen** ■ **Stattgabe**



Vergleich kumulierte Fälle in % zu kumulierte "Anzahl Personen" in %

Angaben über Anzahl der Personen pro Fall waren nicht verfügbar

X = da keine Personenanzahl vorhanden, können Fallzahlen für den Bundesdurchschnitts-Vergleich (Divisor hier nur gemäß Anzahl der vergleichbaren Bundesländer) nicht mitgerechnet werden.

	2005 - 2007		2005 - 2007		
	Kumuliert		Kumuliert		
	Ersuchen Beraten	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen	Stattgaben Ersuchen	
	Fälle	Personen	Fälle	Personen	
Baden-Württemberg	39,52%	35,92%	Baden-Württemberg	88,59%	92,09%
Bayern	X		Bayern	100,00%	100,00%
Berlin	88,64%	91,26%	Berlin	60,72%	64,86%
Brandenburg	X		Brandenburg	85,71%	86,21%
Bremen	100,00%	100,00%	Bremen	100,00%	100,00%
Hamburg	X		Hamburg	X	
Hessen	X		Hessen	X	
Mecklenburg-Vorpommern	60,71%	69,70%	Mecklenburg-Vorpommern	64,71%	54,35%
Niedersachsen	X		Niedersachsen	X	
Nordrhein-Westfalen	X		Nordrhein-Westfalen	X	
Rheinland-Pfalz	34,62%	37,10%	Rheinland-Pfalz	100,00%	100,00%
Saarland	73,04%	72,77%	Saarland	85,37%	86,06%
Sachsen	69,64%	74,53%	Sachsen	89,74%	83,33%
Sachsen-Anhalt	34,33%	33,02%	Sachsen-Anhalt	91,30%	97,12%
Schleswig-Holstein	50,48%	46,24%	Schleswig-Holstein	89,32%	89,50%
Thüringen	67,16%	68,21%	Thüringen	81,11%	82,04%
Bundesdurchschnitt	61,81%	62,88%	Bundesdurchschnitt	86,38%	86,30%

Hauptherkunftsländer und ihre Verteilung auf die ersten meistbetroffenen Bundesländer

Die Angaben der Zahlen hinsichtlich der Hauptherkunftsländer basieren zumeist auf den Angaben hinsichtlich der Eingaben; nicht auf Ersuchen oder Stattgaben. Die Zahlen können nicht vollständig wiedergegeben werden aufgrund der lückenhaften bzw. nicht deckungsgleichen Angaben in den Tätigkeitsberichten bzw. veröffentlichten Statistiken (die Länder Berlin, Niedersachsen und Sachsen veröffentlichen diesbezüglich keinerlei Zahlen. Sie können jedoch, da alle verfügbaren Angaben ausgewertet wurden, als relativ verlässliche Richtwerte dienen.

	Summe plus Summe		
	Personen	Fälle	
Serbien, Montenegro, Kosovo	3.828	1.886	Baden-Württemberg; Nordrhein-Westfalen; Schleswig-Holstein, Hessen
Türkei	834	496	Nordrhein-Westfalen; Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein, Hessen
Sri Lanka	93	183	Nordrhein-Westfalen; Baden-Württemberg; Hessen; Schleswig-Holstein
Kongo	188	101	Nordrhein-Westfalen; Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein, Brandenburg
Iran	89	111	Nordrhein-Westfalen; Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein,
Bosnien-Herzegowina	277	4	Baden-Württemberg; Brandenburg; Sachsen-Anhalt
Vietnam	253	2	Baden-Württemberg; Brandenburg; Sachsen-Anhalt
staatenlos/ungeklärt	241	0	Baden-Württemberg
Pakistan	184	0	Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein, Hessen
Syrien	167	0	Baden-Württemberg; Saarland; Schleswig-Holstein
Afghanistan	100	22	Schleswig-Holstein; Baden-Württemberg; Hamburg
Libanon	131	0	Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein
Mazedonien	125	0	Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein; Rheinland-Pfalz
Armenien	66	3	Mecklenburg-Vorpommern; Schleswig-Holstein
Russland	63	7	Schleswig-Holstein; Saarland; Hamburg
Kroatien	59	0	Baden-Württemberg
Äthiopien	47	0	Baden-Württemberg
Togo	43	0	Schleswig-Holstein; Brandenburg
Algerien	38	0	Saarland; Schleswig-Holstein; Hessen
Irak	35	0	Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg; Thüringen
Aserbaidshjan	34	0	Schleswig-Holstein; Mecklenburg-Vorpommern; Rheinland-Pfalz
Kamerun	23	0	Brandenburg; Baden-Württemberg
Albanien	21	0	Rheinland-Pfalz; Hessen; Bremen
Georgien	21	0	Hessen; Schleswig-Holstein; Saarland
Rumänien	17	0	Hessen; Schleswig-Holstein
Kolumbien	16	0	Brandenburg
Marokko	7	0	Hessen